

Die südamerikanische Freiheitsbewegung

Von Englands Inselreich war unter Königin Elisabeth eine Kolonisationsbewegung ausgegangen, die in zwei Jahrhunderten die Vereinigten Staaten von Nordamerika hervorbrachte. Auch von der Iberischen Halbinsel, der Heimat der Entdecker, hatte sich sogar früher als aus England, noch mit größerer Kraft und Weite, ein Strom von Auswanderern nach Amerika gewandt, aber nach dreihundert Jahren, könnte man sagen, war der Abschluß eine Wende zu den „uneinigen“ Staaten von Latein-Amerika. Während die angelsächsischen Kolonien, die sich an der Ostküste des nördlichen Festlandes ausgebreitet hatten, nach ihrer Trennung vom Mutterland noch gewaltige Länderstrecken, die einst von Frankreich und Spanien besiedelt worden waren, an sich zogen und im 19. Jahrhundert mit Hilfe der europäischen Einwanderung sich zu dem gewaltigen Staatswesen austauchten, das bereits eine Art Weltherrschaft besitz, führte der Freiheitskampf der Kreolen in den spanischen und portugiesischen Besitzungen zur Schwächung und Zersplitterung ihrer nationalen Kraft. Was hätte nicht aus dem riesigen Gebiete der spanischen Länder von Mexiko bis hinunter nach Chile werden können, die über eine verhältnismäßig zahlreiche Bevölkerung und eine gehobene Kultur mit blühendem kirchlichen Leben und einem freilich durch die Vernichtung des Jesuitenordens geschwächten Schulwesen verfügten, wenn sie vereint die frischen Kräfte einer mit allen Reichtümern gesegneten Welt zur Entwicklung ihres nationalen und wirtschaftlichen Lebens aufgeboten hätten! Tatsächlich aber schlug der Gang der Geschehnisse, national gesehen, eine vom Norden ganz verschiedene Richtung ein, den Weg zum Bürgerkrieg und zur Zersplitterung.

An diesen Gegensatz wurden wir in der letzten Zeit durch zwei Tatsachen mit bezeichnender Deutlichkeit erinnert: die Jahrhundertfeier von Simon Bolivar, dem „Befreier“ von sechs südamerikanischen Staaten, und die gehäuften Revolutionen in Südamerika.

Am 17. Dezember 1930 feierten die sechs Republiken Bolivia, Colombia, Ecuador, Panama, Peru und Venezuela unter persönlicher Teilnahme der päpstlichen Nuntien das erste Jahrhundertgedächtnis des Todes von Simon Bolivar, dessen Namen zahlreiche Denkmäler in fast allen großen Städten Südamerikas und Bücher in allen Sprachen als Freiheitshelden verewigen. Auch Frankreich, England und Mexiko haben seinen Ruhm in Stein verherrlicht, und Männer wie der Dichter Lord Byron, der Volksführer Daniel O'Connell, der polnische Freiheitsheld Kosciuszko und Nordamerikas größter Redner Daniel Webster sind seine Bewunderer. Er war mit Lafayette und der Familie von George Washington befreundet. Was Washington für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das war Simon Bolivar für einen großen Teil von Südamerika. Sprößling einer reichen Kreolenfamilie zu Caracas in Venezuela, hatte er als Student in Madrid und auf Reisen in Europa und Nordamerika früh mit Begeisterung die freiheitlichen Strömungen kennen gelernt, die seit der Französischen Revolution die Völker der Alten Welt in Gärung hielten. Er hatte auch Napoleon I. gesehen und bewundert, bevor er in seine Heimat zurückkehrte und 1810 in Caracas an dem Aufstand Vene-

zuemas gegen das rechtmäßige spanische Mutterland teilnahm, dessen Herrscherfamilie 1808 von Napoleon verdrängt worden war. In den nun folgenden Kämpfen gegen die spanische Macht und die Anhänger einer monarchischen Ordnung wuchs Bolivars Bedeutung immer mehr. Aber das Ziel der Freiheit Südamerikas erreichte er nur um den Preis der wechselvollsten Schicksale. Wir können uns in Europa kaum eine rechte Vorstellung von der heldenhaften Größe der kriegerischen Taten machen, die er auf dem Schlachtfelde vollbrachte, von dem Geisteschwung und der gesetzgeberischen Weisheit, mit der er neue politische Gebilde schuf, von seiner religiös erleuchteten Kraft, edlen Selbstverleugnung und glühenden Heimatliebe. Sein Leben ließt sich wie ein episches Vorwort zur Geschichte der südamerikanischen Freiheit.

Als letztes Ziel der Unabhängigkeitsbewegung schwebte ihm die Vereinigung aller amerikanischen Staaten in einem auf Verträgen aufgebauten Völkerbunde vor, dessen Kern die unter sich enger verbundenen spanischen Länder sein sollten. Während er an den Kämpfen im Süden, wo die La-Plata-Staaten und Chile sich von Spanien lösten, und wo Dr. Francia in Paraguay eine unabhängige Republik begründete, keinen unmittelbaren Anteil nahm, trug er im Norden das ganze Gewicht der nationalen Sache auf seinen Schultern. In Venezuela war er zunächst 1812 unterlegen und hatte sich flüchtig nach der Insel Haiti begeben, um von da aus im Dezember 1816 mit einer kleinen Freischar an der Küste von Venezuela zu landen. Dieses Mal hatte er Glück: in drei Jahren war die Unabhängigkeit seiner Heimat erfochten, und sie übertrug ihrem Befreier auf dem Kongreß zu Angostura im Jahre 1816 die höchste Gewalt. Nun wandte sich Bolivar nach Neu-Granada, das er mit seinen Freischärlern in der Schlacht bei Boyacá am 7. August 1819 den spanischen Truppen entriß. Dieses alte Vizekönigreich vereinigte sich mit Venezuela zur Republik Colombia, und Bolivar wurde Präsident mit diktatorischer Gewalt. 1822 befreite er auch Peru, das ihn ebenfalls zum Diktator ernannte, ebenso Ecuador. 1825 entschied er den Sieg der Freiheit in Oberperu, das sich ihm zuliebe den Namen „Bolivia“ gab und ihn zum ewigen Präsidenten und Protektor ernannte. Ein ungeheures Gebiet war nun in Bolivars Hand. Sein Gedanke einer großen föderalistischen Republik aller ehemaligen spanischen Königreiche in Amerika schien sich zu verwirklichen. In dieser frohen Hoffnung, ja mit noch weiter gespannten Zielen, hatte Bolivar schon 1824 Vertreter aller amerikanischen Freistaaten, auch Brasiliens und Nordamerikas, zu einem pan-amerikanischen Kongreß nach Panama eingeladen. Doch seine Gedanken waren den Möglichkeiten zu weit vorausgeeilt. Nur Colombia, Panama, Peru, Mexiko und Guatemala erschienen auf dem Kongreß, der am 22. Juni 1824 eröffnet wurde. Brasilien und Paraguay verhielten sich ablehnend, das eine als Monarchie, das andere, weil Dr. Francia jede Verbindung mit andern Ländern grundsätzlich zu vermeiden suchte. Nordamerika zögerte, Chile lag noch im Krieg mit Spanien, und Buenos Aires verschleppte die Entscheidung. Die vertretenen Länder aber schlossen am 15. Juli 1824 einen Bundes- und Einheitsvertrag im Sinne Bolivars. Der Kongreß sollte sich jährlich oder alle zwei Jahre wiederholen, und die übrigen Staaten Amerikas sollten immer zum Beitritt eingeladen bleiben. Neutrale und freundschaftlich verbundene Mächte sollten als Zeugen den Verhandlungen beizohnen dürfen. Die Hoffnungen

des großen Venezuelaners gingen nicht in Erfüllung. Nur mit Mühe konnte das überragende Gewicht seiner legendenhaften Persönlichkeit die Gegensätze wild emporlodernder Leidenschaften von Parteien und Bandenführern bezwingen. Die Verhältnisse zwangen ihm unter dem Beifall der vaterländisch Gesinnten zu wiederholten Malen die Gewalt des unumschränkten Diktators in die Hand. Nur eine napoleonische Faust konnte die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenhalten. Doch Bolivar wurden mit Unrecht diktatorische Gelüste zum Vorwurf gemacht. Er wollte kein Napoleon und kein Kaiser Iturbide von Mexiko sein, von denen er schrieb: „Bonaparte in Europa und Iturbide in Amerika sind jeder in seiner Sphäre die außerordentlichsten Beispiele, die uns die neuere Geschichte der Welt darbietet. Dessenungeachtet vermochten sie ihrem Sturz nicht zu entgehen, weil sie einen politischen Staaten- und Thronraub begangen und den Tempel der Geseze wie das Heiligtum aller gesellschaftlichen Rechte entweiht hatten.“ Auch die Botschaft zur Einladung auf den Kongreß zu Panama beweist, wie weit Bolivar von napoleonischen Plänen entfernt war. „Nach fünfzehnjährigen Opfern für die Freiheit Amerikas“, schrieb er, „ist es endlich an der Zeit, die ganze Macht dieses großen politischen Staatskörpers zu befestigen. Dazu ist jedoch eine höchste Autorität erforderlich, die über der Politik unserer Regierungen steht, eine Autorität, deren Einfluß imstande ist, in unsern Grundsätzen die Einheit zu erhalten, und deren Name allein unsere Zwistigkeiten schlichten kann, eine Autorität, die nur durch eine Versammlung von Bevollmächtigten aller Republiken geschaffen werden kann.“

Bolivar bewährt sich durch diese Urkunde als Prophet eines Völkerbundes. Doch die bittersten Enttäuschungen seiner letzten Lebensjahre mußten ihn ahnen lassen, daß die von ihm geschaffenen Brücken der Einheit bald stürzen würden. Venezuela löste 1830 die Verbindung mit Neu-Granada, das fortan allein den Namen Colombia weiterführte. Bolivars Untergeneräle Santander und Paez stellten sich an die Spitze der trennenden Bewegungen in Venezuela, Colombia und Peru. Noch einmal zur Wiederherstellung der Einheit und des Friedens an die Spitze von Colombia gestellt, starb Bolivar am 17. Dezember 1830, erst 47 Jahre alt, mit gebrochenem Herzen ob des Unglücks seiner vom Bürgerkrieg bedrängten Heimat. Den Eid, den er einst zu Rom auf dem Aventin geschworen hatte, sein ganzes Leben der Befreiung seines Vaterlandes zu widmen, hatte er mit heldenmütiger Beharrlichkeit gehalten.

Nach hundert Jahren sieht nun die Nachwelt, daß Amerika wohl frei, aber nicht in einem Völkerbund geeinigt ist. Bolivars Testament und seine Denkmäler sind eine Anklage gegen das Geschlecht derer, die ihn und sein Programm bekämpft haben. Den Nutzen engerer Verbindung unter den lateinischen Freistaaten Amerikas hat man zwar anerkannt, auch Versuche dazu wiederholt. Mehr hat man nicht erreicht als den Bund der sogenannten ABC-Staaten Argentinien, Brasilien und Chile. Doch dieser Bund hat nicht verhindern können, daß öfter, auch in den letzten Jahren, Kriegsgefahren oder wenigstens Kriegsgelüste die Leidenschaften wild entfesselten. Wenn die spanische Königsfamilie dem Beispiel der portugiesischen gefolgt wäre und in einer der Hauptstädte von Spanisch-Amerika, in Mexiko oder Lima, ihren Wohnsitz aufgeschlagen hätte, was viele dort begeistert wünschten, hätten viel-

leicht oder wahrscheinlich die spanischen Kolonien sich politisch ähnlich verhalten und entwickelt wie Brasilien. Dort stellte sich ein Prinz des königlichen Hauses, Dom Pedro, an die Spitze der freihheitlichen Bewegung, und so hielt das Kaiserreich die anfangs stark auseinanderstrebenden Provinzen Brasiliens, dessen Gesamtumfang die Größe Europas erreicht, noch über zwei Menschenalter zusammen. Dann wurden auch sie, im Jahre 1889, fast ohne Schwertstreich zu einer föderativen Republik. Die Kämpfe, die auf dem Boden Brasiliens ausgefochten wurden, um den nationalen Zusammenschluß der portugiesischen Länder in Südamerika aufrecht zu erhalten, lassen sich nicht mit den blutigen und langwierigen Bürgerkriegen vergleichen, die von Mexiko bis Chile und Buenos Aires dem reichen Leben Lateinamerikas die schwersten Wunden schlugen. Es klingt unglaublich, daß diese Länder, die einst die Goldgruben Europas waren, in die drückendste Schuldknechtschaft Englands geraten konnten. Was hat allein der monarchische Gedanke in Mexiko aus Mangel an geeigneten Thronanwärtern dieses einst so mächtige und reiche Land an Opfern jeder Art gekostet! Hätte aber die spanische Königsfamilie ihren Sitz auch nur zeitweilig dorthin verlegt, oder sich gar amerikanisiert, so würde die Entwicklung des ganzen amerikanischen Kontinents eine andere Richtung genommen haben. Es mußte noch ein Jahrhundert vergehen und der Weltkrieg seine Abgründe eröffnen, ehe Europa die Bedeutung der Neuen Welt begriff. Unterdessen aber wurde Mexiko zum Teil eine Beute der Vereinigten Staaten, und Colombia, dessen Name einst verheißungsvoll die großen Gedanken des größten südamerikanischen Freiheitshelden verkündete, ist heute noch ein wenig bedeutendes Staatswesen, obwohl es über zweimal so groß ist als Deutschland. Auch Argentinien wurde durch blutige Bürgerkriege jahrzehntelang in seiner Entwicklung gehemmt und trägt wie alle südamerikanischen Staaten das schwere Bleigewicht riesiger Schulden. So konnten die Vereinigten Staaten des Nordens, denen mit Ausnahme des Sklavenkrieges in den sechziger Jahren innerer Friede stets beschieden war, in beispiellosem Wachstum die Gesamtheit der lateinischen Länder überflügeln und zum größten Teil sogar von sich abhängig machen.

Wie wenig in Lateinamerika die innern Gefahren der Uneinigkeit überwunden sind, zeigen die vielen Revolutionen der letzten Jahre und noch der letzten Monate. Von Venezuela bis Buenos Aires gab es gewaltsame Umwälzungen. In den größten Staaten, in Peru, Argentinien und Brasilien, vollzogen sich die Ereignisse in den schroffsten Formen. Merkwürdigerweise war es jedesmal das Heer, das die Bewegung trug. Am 22. August 1930 erhob sich die Besatzung von Arequipa gegen die Regierung von Lima, und am 28. des Monats stand eine Militärjunta an der Spitze des Landes, geleitet von einem Offizier, den der gestürzte Präsident in die Verbannung gejagt hatte. Auch in Buenos Aires, wo Arbeiter und Studenten die Unruhen eröffneten, zwang ein Ultimatum des Generalstabchefs den alten Politiker Frigoyen zur bedingungslosen Abdankung. In Brasilien erhob sich die gut vorbereitete Revolution am 3. Oktober gleichzeitig in Porto Alegre, der Hauptstadt des südlichen Militärstaates Rio Grande do Sul, und in Bello Horizonte, der Hauptstadt von Minas Geraes im Herzen des ganzen Bundes. Pernambuco schlug am 5. Oktober los und überwältigte die regierungstreue

Partei des großen Nachbarstaates Bahia. In drei Wochen hatten die Aufständischen im ganzen Lande die Gewalt an sich gerissen. Eine provisorische Regierung unter dem Riograndenser Präsidenten Getulio Vargas, der am 31. Oktober wie ein Triumphator in Rio de Janeiro einzog, verkündigte Neuwahlen zu einem Kongreß, der über Verfassungsänderungen entscheiden soll.

Bei der Rolle, die das Heer spielte, handelt es sich nicht um militärische Herrschaftsgelüste einzelner Führer. Die Zeiten politischer Abenteuer, mit denen Bolivar zu ringen hatte, sind vorüber. Es geht vielmehr um einen tiefliegenden Gegensatz zu den eingebürgerten Regierungsmethoden, um eine mehr gefühlte als bewußt gepflegte Abneigung dieser Völker gegen den Parlamentarismus, dessen Zügellosigkeit dem militärischen Geist am meisten widerstehen muß. Das gegenwärtige Bild des politischen Betriebes ist in Südamerika wie anderswo von den möglichen Idealen einer wahren Demokratie weit entfernt. Darum mußten auch tüchtige Politiker wie Frigoyen und Washington Luiz fallen. In Brasilien war die Revolution im Oktober eigentlich nur der entscheidende Endkampf jener Gärung, die schon unter Arthur Bernardes im Jahre 1922 eingesetzt und zu den furchtbaren Kämpfen geführt hatte, die in den folgenden Jahren besonders in São Paulo und Rio Grande do Sul ausgefochten wurden. Bezeichnend ist, daß die Aufständischen unter den hervorragendsten Vertretern ihrer Sache auch den Kardinal Dom Sebastião de Leme von Rio de Janeiro nennen, der dem Bundespräsidenten Washington Luiz Pereira am 24. Oktober das Ultimatum des Kommandanten J. Menna Barreto überreichte. In Brasilien wie in den andern Staaten handelt es sich vornehmlich um die Frage, wie die Gewalt der Präsidenten, die zum Teil geradezu königlich ist, verfassungsmäßig beschränkt werden kann. In Brasilien spielt aber auch ein alter Gegensatz zwischen den mächtigsten Einzelstaaten des Bundes, São Paulo, Minas Geraes, Rio Grande do Sul, Pernambuco und Bahia, eine große Rolle. Der Gedanke, sich ganz selbständig zu machen, nicht nur aus politischen, sondern auch aus finanziellen Gründen, wird zwar nicht zu einer bewußten Absicht oder Lösung, kann aber doch über kurz oder lang zur Tat werden.

Doch diese Verfassungsfragen erschöpfen nicht die ganze Tiefe der Ursachen für die augenblickliche Unruhe in allen Staaten Südamerikas, auch nicht in Panama, wo am 2. Januar 1931 der Präsident Florencio Uresimena von der Partei der „Sozialen Aktion“ zur Abdankung gezwungen wurde. Noch weniger ist das der Fall in Guatemala, das im vorhergehenden Dezember seine Revolution hatte, und in Mexiko, wo Aufstände seit Jahren zur Tagesordnung gehören. Alle diese Vorgänge sind zu beträchtlichem Teile aus wirtschaftlicher Not zu erklären. Insbesondere der Tiefstand der letzten zwei Jahre, der in Südamerika große Arbeitslosigkeit, empfindlichen Rückgang der Handelsgeschäfte und heillose Verwirrung der staatlichen Finanzen zur Folge hatte, muß als der seelische Hintergrund der politischen Gärung angesehen werden. Die verhängnisvolle Überschuldung ganz Südamerikas, dessen Länder tatsächlich zu Vasallenstaaten Nordamerikas, Englands und Frankreichs geworden sind, verschlingt nutzlos einen unerträglich hohen Teil der öffentlichen Gelder. Selbst Colombia, das verhältnismäßig die günstigste Finanzwirtschaft hatte, spürte die allgemeine Krisis so sehr, daß es seine großartigen Ar-

beiten zur Regulierung des Magdalenaflusses fast ganz einstellen und in der doppelten Notlage der besonders auf Kaffee eingestellten Landwirtschaft und des Handels nur schwer das Defizit von 31 Millionen Pesos bewältigen kann. Deshalb braucht man freilich die Ablösung der katholischen konservativen Partei nach fünfundvierzigjähriger Herrschaft durch den aus den Reihen der Liberalen hervorgegangenen Präsidenten Olaya Herrera nicht gerade als eine politische Umstellung zu betrachten. Die Schuldenlast, die sich die einst so goldreichen Länder durch unsinnige Bürgerkriege und durch Parteiwirtschaft aufgeladen haben, wird allmählich von der Bevölkerung als das Grundübel erkannt, das ihren Fortschritt lähmt. Daher die Unzufriedenheit mit den Regierungen, die immer neue Schulden aufhäufen, daher auch eine wachsende Abneigung gegen die steigende Herrschaft Nordamerikas. Zwar versichern die neuen Regierungen mit Eifer, und die Presse druckt es nach, daß sie die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu Nordamerika aufrecht erhalten werden. Doch wie wenig oft diplomatische Beziehungen und Notwendigkeiten der Politik sich mit der Volksstimmung decken, bewies in der brasilianischen Oktoberrevolution die Tatsache, daß die Regierung in Washington die Ausfuhr von Waffen für die Aufständischen verbot, dagegen der Regierung in Rio de Janeiro, an deren Sieg sie bis zum letzten Augenblick fest glaubte, Waffen und Flugzeuge bereitwillig überließ. Unterdessen rückten die Aufständischen, von der Sympathie der Mehrzahl des brasilianischen Volkes begleitet, bereits von drei Seiten in siegreichem Anmarsch auf São Paulo und Rio de Janeiro. Es ist begreiflich, daß die Sieger, denen es mit der politischen und wirtschaftlichen Besserung der nationalen Verhältnisse wirklich Ernst ist, das bedrohliche Eindringen der nordamerikanischen Geldmacht, der die Missionsarbeit der Sekten die Wege bereitet, nicht mit dem gleichen Optimismus unterstützen werden wie ihre Vorgänger.

Aus zwei Gründen kann man aber auch diesen Bemühungen, die von einer guten Anzahl hervorragender Männer unbestechlichen Charakters geleitet werden, nur mit gedämpften Hoffnungen zusehen. Es fehlt dem politischen Leben heute mehr denn sonst jene Eigenschaft, die das Streben der Väter ausgezeichnet hat, die Uneigennützigkeit! Ein Mann wie Bolivar gab seiner Zeit und seinem Volk das leuchtendste Beispiel selbstloser Vaterlandsliebe. Die Politik hat ihn nicht bereichert, sondern arm gemacht. Fast sein ganzes nicht unbeträchtliches Vermögen opferte er dem Dienste an seinem Volke, und er starb in Dürftigkeit. Heute aber ist die Politik ein Geschäft geworden und hängt schon deshalb von der Wirtschaft ab. Wenn auch einzelne uneigennützigste Führer an der Spitze stehen, im Zeitalter der Organisationen und der Massen werden immer so viele Mitläufer sich einschleichen, daß ihre Selbstsucht auch die besten Absichten der Führer zum Scheitern bringen kann. Andererseits fehlt es oft an einer klaren und auf tiefer Kenntnis beruhenden Zielsetzung und Wegweisung. Verworrene Gedanken und Teilideale bringen wohl einen Augenblickserfolg hervor, genügen aber nicht zum Aufbau neuer Ordnungen, zur Rettung aus allgemeiner Not. Politiker wie Simon Bolivar hatten den großen Vorteil, selber von den Idealen katholischer Weltanschauung und katholischer Staatsgedanken getragen zu sein und in einer Zeit zu wirken, wo ihre Völker nur katholisch zu denken vermochten. Bolivars Hoff-

nungen wurden nicht zuletzt deshalb nicht verwirklicht, weil nach ihm die Volksführer und Staatsmänner Südamerikas kein Verständnis für katholische Staatsgedanken besaßen, so daß sich unter dem falschen Lichte zügelloser Freiheit und eines religionsfeindlichen Liberalismus die besten Kräfte in nutzlosem Kampfe auftrieben.

Vielleicht ist das Andenken Bolibars auch deshalb nicht in dem Grade gefeiert worden, wie er es verdiente, weil er ein durch und durch katholischer Politiker gewesen ist. Um ihn rühmen zu können, glaubte man lange, ihn zu einem Gegner der Religion machen zu müssen. Nichts ist unrichtiger als eine solche Behauptung. Bei Gelegenheit seiner hundertjährigen Gedächtnisfeier wurde auch die Tatsache festgestellt, daß der Freiheitsheld Bolivar in seinem vielbewegten Leben und seinem gewaltigen Ringen ein überzeugungstreuer und anhänglicher Sohn der katholischen Kirche war und deren Wirken als eine wesentliche Bedingung für die Wohlfahrt seines Vaterlandes betrachtete („America“, Bd. 44, 282/3). Vielleicht werden sich die Lenker der Völker Südamerikas, das fast ganz katholisch ist, rechtzeitig daran erinnern, daß die bisherige gesetzliche Absperrung der katholischen Kirche von der bürgerlichen Heranbildung der Jugend und die Verbannung der katholischen Staatslehre aus der Politik Irrwege gewesen sind, und daß Südamerika ohne jene Kräfte nicht gesunden und glücklich werden kann, die ihm die Kultur gebracht haben; die Kräfte der Religion und der Kirche.

Ludwig Koch S. J.